

EUROPÄISCHE KOMMISSION

# EUROBAROMETER

DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION

## Bericht Nr. 45

Veröffentlichung:  
Dezember 1996

Umfragen: Februar - März 1996  
und April - Mai 1996

Generaldirektion X  
Rue de la Loi 200  
B-1049 Brüssel  
Belgien

Telefon: (32.2) 299.91.72  
Fax: (32.2) 299.45.77  
Internet: Europa Server <http://europa.eu.int>

Nachdruck - ausgenommen zu kommerziellen Zwecken - mit Quellenangabe gestattet

## Vorbemerkung

EUROBAROMETER-Meinungsumfragen ("Standard EUROBAROMETER-Meinungsumfragen") werden im Auftrag der Generaldirektion "Information, Kommunikation, Kultur, Audiovisuelle Medien" der Europäischen Kommission seit dem Herbst 1973 jedes Frühjahr und jeden Herbst durchgeführt. Seit Herbst 1980 schließen sie Griechenland, seit Herbst 1985 Spanien und Portugal und seit Herbst 1990 die ehemalige DDR und seit dem Frühjahr 1995 Österreich, Finnland und Schweden ein.

Einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und darüber wird ein für alle Mitgliedstaaten gleichlautender Fragebogen vorgelegt. In der Regel umfaßt die Stichprobe für die Standard Eurobarometer-Umfrage 1000 Personen je Land; einzige Ausnahmen sind Luxemburg (500) und das Vereinigte Königreich (1.000 in Großbritannien und 300 in Nordirland). Um die Integration der fünf neuen Länder in das vereinigte Deutschland und in die Europäische Union zu beobachten, wurden ab Eurobarometer Nr. 34 in Deutschland jeweils 2.000 Personen befragt: 1000 in West- und 1000 in Ostdeutschland.

Die jüngsten Umfragen werden von nationalen Instituten durchgeführt, die dem "INRA (EUROPE)-European Coordination Office" angehören. Alle beteiligten Institute wurden über Ausschreibungen ausgewählt und sind Mitglieder der "European Society for Opinion and Marketing Research" (ESOMAR), deren Normen für sie verbindlich sind.

Die für die gesamte Gemeinschaft aufgeführten Zahlen sind gemäß der Erwachsenenbevölkerung eines jeden Landes gewichtet. Wegen Auf- oder Abrundung summieren sich die Prozentwerte nicht immer genau auf 100, sondern z.B. auf 99 oder 101. Wenn mehrere Antworten zugelassen sind, können die Prozentwerte auch deutlich über 100% hinausgehen. Die in den Schaubildern ausgewiesenen Prozentwerte können aufgrund der Verwendung bereits zuvor gerundeter Zahlen um rund 1 % von den in den Tabellen aufgeführten Zahlen abweichen.

Wie bei Umfragen dieser Art üblich, übernimmt die Kommission für Fragen, Ergebnisse und Kommentare keinerlei Gewähr. Der vorliegende Bericht, den das Referat "Meinungsumfragen" der Generaldirektion "Information, Kommunikation, Kultur, Audiovisuelle Medien" erstellt hat, ist für den Dienstgebrauch der Kommission der Europäischen Gemeinschaften bestimmt.

### Erhebungen der Eurobarometer Serie

Die Europäische Kommission (Generaldirektion X) veranstaltet allgemeine Meinungsumfragen sowie Befragungen spezieller Zielgruppen und qualitative Analysen (Gruppendiskussion, Intensivinterviews) in allen Mitgliedstaaten und gelegentlich auch in Drittländern. Dabei wird auf fünf verschiedene Formen der Eurobarometer Meinungsumfrage zurückgegriffen:

- \* Das traditionelle Standard Eurobarometer mit seinem zweimal jährlich erscheinenden Bericht
- \* "Continuous Tracking Survey" (CTS), der ab Januar 1996 den Monats-Telefon-Monitor ersetzt, mit Berichten, die vierteljährlich in "Europinion" veröffentlicht werden
- \* Telefon Flash EB, das u.a. für Befragungen bestimmter Zielgruppen eingesetzt wird (Top Decision Makers)
- \* Qualitative Analysen ("Brennpunkt-Gruppen", Intensiv-Interviews)
- \* EB Mittel- und Osteuropa, eine jährliche Übersicht über die Meinung der breiten Öffentlichkeit in 16 mittel- und osteuropäischen Staaten; in Zusammenarbeit mit der GD I und GD 1A

Die persönlichen Befragungen des Standard Eurobarometer, des Telefon Flash EB und die qualitativen Analysen dienen im wesentlichen dazu, im Auftrag und auf Rechnung der verschiedenen Generaldirektionen und vergleichbarer Sonderdienste der Kommission Erhebungen durchzuführen.

## Schlagzeilen

- Die allgemeine Zustimmung zur Union ist relativ konstant, obgleich in den vergangenen sechs Monaten eine rückläufige Tendenz zu verzeichnen war: 45 % halten die Mitgliedschaft ihres Landes für "eine gute Sache", verglichen mit 54 % im Herbst 1995. Nur 15 % betrachten die Mitgliedschaft als "eine schlechte Sache".
- 45 % der Befragten sind der Ansicht, daß die Mitgliedschaft für ihr Land zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit Vorteilen verbunden ist. Bei einer unmittelbar bevorstehenden Volksbefragung würden sich 65 % dafür stimmen, in der Europäischen Union zu bleiben, während 16 % lieber aus der Union austreten würden.
- Sechs von zehn Befragten der Stichprobe sind verheiratet oder leben unverheiratet mit einem Partner zusammen, 28 % leben ohne Partner im Haushalt. Die Frauen holen in der Bildung weiter auf; von denjenigen, die "noch in der Ausbildung sind", waren 41 % Männer und 57 % Frauen. Der durchschnittliche Haushalt der Stichprobe bestand aus 2,84 Personen, wobei nur drei von zehn der Befragten Kinder unter 15 Jahren hatten, die in ihrem Haushalt lebten.
- 81 % der EU-Bürger geben an, mit ihrem Leben zufrieden zu sein, wobei es allerdings zwischen den einzelnen Nationalitäten ausgeprägte Unterschiede gibt.
- Die Zustimmung zur einheitlichen Währung ist seit Herbst 1995 um 6 % gestiegen: 53 % sind dafür, 33 % dagegen. Die verbleibenden 14 % sind "weder dafür noch dagegen" oder äußern keine Meinung, was einem Rückgang der Unentschlossenen um 6 % entspricht. Die breite Öffentlichkeit ist sich nach wie vor unsicher, zu welchem Zeitpunkt die neue Währung eingeführt wird - nur 15 % konnten diese Frage korrekt beantworten.
- Der Bekanntheitsgrad der Regierungskonferenz hat seit dem Herbst 1995 mit + 9 % deutlich zugenommen. Als besonders vorrangige Anliegen betrachten die EU-Bürger den Kampf gegen Drogenhandel und Kriminalität sowie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
- 55 % der EU-Bürger sprechen sich dafür aus, daß die Union stärker zusammenarbeitet, während nur 13 % meinen, daß für die nahe Zukunft eine Erweiterung ins Auge gefaßt werden sollte. Am aufgeschlossensten sind in dieser Hinsicht die Niederländer, Schweden, Griechen, Spanier, Italiener und Finnen. Als Argumente gegen die Erweiterung wurden weitgehend Kostengründe genannt.
- Die europäischen Bürger sind nur schlecht über die Europäische Union informiert, und zwar sowohl über die Möglichkeiten, in einem anderen Mitgliedstaat zu leben, zu studieren oder zu arbeiten, als auch über allgemeine Fragen der Union und ihrer Institutionen. Selbst in dem Land mit dem höchsten Informationsstand - Luxemburg - wurden von einem ganzen Katalog faktischer Fragen nur 54 % richtig beantwortet; dieser Anteil fiel dann bis zu schwachen 23 % im Vereinigten Königreich.
- Der Kenntnisstand über die Haushaltsausgaben der Union ist ebenfalls schwach: 42 % glauben, daß die meisten Ausgaben der Union in die Verwaltung fließen (in Wirklichkeit rund 5 %), während 21 % der Ansicht sind, daß die Landwirtschaft den überwiegenden Teil der EG-Haushalts beansprucht (tatsächlicher Anteil: 51 %).
- Das Zugehörigkeitsgefühl zum eigenen Land ist stark ausgeprägt, doch erkennt rund die Hälfte an, daß neben der nationalen Staatsbürgerschaft auch eine europäische Staatsbürgerschaft notwendig ist.
- Die Grundrechte im Zusammenhang mit der Freizügigkeit erfreuen sich eines hohen Bekanntheitsgrads, doch wissen die Bürger nur wenig über spezielle Einzelheiten. Die anderen mit dem Vertrag eingeräumten Rechte hingegen sind weniger bekannt, insbesondere die Rechte im Zusammenhang mit Finanztransaktionen und dem Wahlrecht.
- Die Bürger haben das Gefühl, nur wenig Einfluß auf Entscheidungen ihres nationalen Parlaments oder der EU-Institutionen ausüben zu können: 22 % meinen, sie haben auf nationaler Ebene Einfluß, 18 % auf EU-Ebene. In den letzten Monaten war ferner ein Rückgang des Vertrauens zu verzeichnen, das die Bürger diesen Institutionen entgegenbringen.
- Die größte Angst haben die Bürger vor einem Anstieg des Drogenhandels und des organisierten Verbrechens, vor Problemen im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit, dem Verschwinden bestimmter Wirtschaftsbereiche und der Verlagerung von Arbeitsplätzen in Länder mit geringeren Produktionskosten.

## Wichtige Ereignisse um die Zeit der Umfrage Januar bis Mai 1996

15. Dezember 1995:	Ankündigung des Namens der neuen einheitlichen Währung - Euro
1. Januar:	Italien übernimmt die Präsidentschaft der Europäischen Union.
	Das Vereinigte Königreich übernimmt die Präsidentschaft der Westeuropäischen Union.
8. Januar:	Tod von Francois Mitterand, französischer Staatspräsident von 1981 bis 1995.
14. Januar:	Jorge Sampaio wird zum portugiesischen Staatspräsidenten gewählt.
15. Januar:	Andreas Papandreu tritt von seinem Amt als griechischer Ministerpräsident zurück.

27. Januar: Frankreich führt einen sechsten Nukleartest in Polynesien durch.
29. Januar: Erneute Spannungen zwischen Griechenland und der Türkei.  
Die Außenminister der Europäischen Union verabschieden ein neues TACIS-Programm zur finanziellen Unterstützung der Länder der ehemaligen Sowjetunion, das mit über 2 Mrd. ECU für den Zeitraum 1996-1999 ausgestattet ist.  
Frankreich: Jacques Chirac verkündet den Abschluß der Nukleartests.
3. Februar: Evakuierung der Serben, Kroaten und Moslems aus den Gebieten, die ihnen nach dem Abkommen von Dayton nicht zugewiesen wurden.
7. Februar: Polen: Ministerpräsident Wlodzimierz Cimoszewicz übernimmt die Führung einer neuen Koalition.
8. Februar: Ankündigung des Waffenstillstands in Mostar.  
Russische Truppen blockieren alle Zufahrtswege nach Grozny.
9. Februar: Die IRA kündigt das Ende des seit 17 Monaten geltenden Waffenstillstands an. Kurz darauf detoniert eine Bombe im Londoner Stadtteil Canary Wharf und fordert zwei Todesopfer.
16. Februar: Italien: Auflösung des Parlaments durch Präsident Oscar Luigi Scalfaro. Festsetzung von Neuwahlen für den 21. April.
19. Februar: Spanien: Eine Million Menschen demonstrieren gegen den Terrorismus der ETA.
25. Februar: Israel: Zwei terroristische Anschläge in Jerusalem und Ashkelon fordern 26 Todesopfer und 80 Verletzte.
26. Februar: Marokko unterzeichnet Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union.
27. Februar: Sicherheitsrat setzt Wirtschaftssanktionen gegen die bosnischen Serben aus.
3. März: Spanien: Sieg der Volkspartei unter Jose Maria Aznar (38,8 %) über die Sozialistische Partei unter Felipe Gonzalez (37,5 %).

- 3.-4. März: Israel: Terroristische Anschläge in Jerusalem und Tel Aviv fordern 32 Todesopfer.
6. März: Tschetschenien: Separatisten übernehmen die Kontrolle über mehrere Bezirke von Grozny.  
Türkei: Mesul Yilmaz übernimmt die Führung einer Koalitionsregierung.
15. März: Schweden: Göran Persson tritt die Nachfolge von Ingvar Carlsson als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei und Regierungschef an.
20. März: Das Vereinigte Königreich verkündet einen möglichen Zusammenhang zwischen einer neuen Variante der Creutzfeldt-Jakobs Krankheit und dem Rinderwahnsinn BSE, einer degenerativen Erkrankung des Nervensystems und Hirns von Rindern.
25. März: Frankreich, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten unterzeichnen den Vertrag von Rarotonga über das Verbot von Atomwaffentests im Südpazifik.
27. März: Die Europäische Kommission erläßt eine Ausfuhrsperre für Rindfleisch, Kalbfleisch und alle daraus hergeleiteten Erzeugnisse aus dem Vereinigten Königreich.
29. März: Italien: Eröffnung der Regierungskonferenz in Turin.
1. April: Die Agrarminister der Europäischen Union einigen sich darauf, bis zu 70 % der Kosten für das Abschachten eines Viertel der britischen Rinderbestände zu tragen.
11. April: Libanon: Die israelische Armee leitet die Operation "Früchte des Zorns" als Vergeltung gegen die Raketenangriffe der Hisbollah ein.
18. April: Libanon: Bei israelischem Überfall auf UN-Flüchtlingslager werden 94 Zivilisten getötet.
19. April: Ruanda: Die letzten UN-Truppen verlassen das Land.
21. April: Italien: Romano Prodi siegt bei den Parlamentswahlen über Silvio Berlusconi.
23. April: Bundeskanzler Kohl legt gegen den Widerstand der Gewerkschaften seinen Sparhaushalt vor.
25. April: USA: Präsident Clinton und der Kongreß einigen sich auf den Haushalt 1996.
28. April: Belgien: Europäische Kommission einigt sich am Runden Tisch darauf, die Beschäftigung zum zentralen Diskussionsschwerpunkt in der Europäischen Union zu machen.
1. Mai: USA verweigern die Unterzeichnung eines multilateralen Übereinkommens über die Liberalisierung der Telekommunikation.
6. Mai: Europäische Gemeinschaft kündigt die Fortsetzung des Ausfuhrverbots für Gelatine, Talg und Rindersperma aus dem Vereinigten Königreich an.

# Inhalt

Seite

1. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union - Langfristige Tendenzen .....	1
1.1. Zustimmung zur Vereinigung Westeuropas .....	1
1.2. Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union .....	2
1.3. Regionale Abweichungen in der Zustimmung .....	4
1.4. Vorteile durch die EU-Mitgliedschaft .....	13
1.5. Die europäische Einigung und generelle Zustimmung zur Europäischen Union .....	14
1.6. Das Tempo der Europäischen Integration .....	27
1.7. Der europäische Binnenmarkt - Hoffnung oder Befürchtung? .....	29
1.8. Referendum zur Mitgliedschaft .....	31
2. Das Profil des Unionsbürgers .....	32
2.1. Ein demographisches Profil .....	32
2.2. Zusammensetzung der Haushalte .....	36
2.3. Zufriedenheit mit dem eigenen Leben .....	38
2.4. Eine europäische Typologie .....	40
3. Wichtige Punkte auf der politischen Tagesordnung .....	45
3.1. Zustimmung zu einer einheitlichen Währung .....	45
3.2. Bekanntheitsgrad der Bezeichnung "Euro" .....	48
3.3. Akzeptanz der Bezeichnung "Euro" .....	49
3.4. Einführung der einheitlichen Währung .....	50
3.5. Ziele der Regierungskonferenz .....	51
3.6. Bekanntheitsgrad der Regierungskonferenz .....	53
3.7. Vorrangige Ziele für die Europäische Union aus der Sicht der Bürger .....	54
3.8. Zustimmung zu aktuellen politischen Fragen .....	57
3.9. Subsidiarität - Nationale oder gemeinsame Entscheidungen .....	59
3.10. Eine europäische Regierung .....	61
4. Erweiterung .....	63
4.1. Die unmittelbare Zukunft der Union .....	63
4.2. Bekanntheitsgrad der Erweiterung .....	65
4.3. Zustimmung zum Beitritt neuer Unionsmitglieder .....	66
4.4. Die Politik der Europäischen Union gegenüber strukturschwachen Regionen im Falle der Erweiterung .....	68
5. Beschäftigung .....	70
5.1. Beschäftigung - ein Bereich von höchster Priorität .....	70
5.2. Gemeinsame Programme zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit .....	71
5.3. Schaffung von mehr Möglichkeiten, überall in der Europäischen Union einen Arbeitsplatz zu finden .....	72
5.4. Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen .....	73
5.5. Verbesserung der Chancengleichheit für Minderheiten .....	73
5.6. Ängste um den Arbeitsmarkt .....	74
5.7. Politische Entscheidungen - durch die nationalen Regierungen oder gemeinsam in der EU? .....	77

## Inhalt (Fortsetzung)

	Seite
6. Sind die Europäischen Bürger informiert? .....	79
6.1. Gefühl, über die Europäische Union Bescheid zu wissen .....	79
6.2. Kenntnisstand über die Union.....	82
6.3. Kenntnisse über den Haushalt der Union.....	83
6.4. Die italienische Präsidentschaft .....	86
7. Die Haltungen der Bürger zu Europa .....	87
7.1. Eine europäische Identität .....	87
7.2. Die Notwendigkeit einer Europäischen Staatsbürgerschaft .....	89
7.3. Über die Medien vermittelter Bekanntheitsgrad der Bürgerrechte .....	91
7.4. Kenntnis und subjektive Bedeutung der Bürgerrechte.....	93
7.5. Einfluß der Bürger .....	96
7.6. Wie zuverlässig sind die Regierungsinstitutionen?.....	98
7.7. Die Ängste der Bürger .....	101

## Anhänge

A. Lists/Listes	A.1
A.1 List of graphics/Liste des graphiques	A.1
A.2 List of tables/Liste des tableaux	A.5
A.3 Explanatory note for Table Headings Note Explicative de Certains Intitulés dans les Tableaux	A.10
B. Tables Tableaux	B.1
C. Technical Specifications Fiches Techniques	C.1
C.1 Co-operating Agencies and Research Executives Instituts et Responsables de Recherche	C.1
C.2 Administrative Regional Units Unités Administratives Régionales	C.2
C.3 Sample Specifications - Standard Eurobarometer 45.1 Spécifications de l'Echantillon - Eurobaromètre Standard 45.1	C.3 C.4
C.4 Sample Specifications - Standard Eurobarometer 44.2 bis (Mega) Spécifications de l'Echantillon - Eurobaromètre Standard 44.2 bis (Mega)	C.5 C.6
C.5 Socio-Demographic and Socio-Political Variables used in cross tabulations	C.11
D. Eurobarometer Surveys on Attitudes of Europeans Recherches sur les Attitudes des Européens dans l'Eurobaromètre	D.1

## Editorial

Eurobarometer Nr. 45 berichtet über die Ergebnisse von zwei Umfragen, die in der ersten Jahreshälfte 1996 bei der breiten Öffentlichkeit durchgeführt wurden. Zunächst wurde in der Zeit vom 28. Februar bis 12. März 1996 unter dem Stichwort Eurobarometer 44.2 eine Umfrage durchgeführt, die im weiteren Verlauf dieses Berichts als "Mega"-Umfrage bezeichnet wird, weil sie Interviews mit 65.000 Personen in allen 15 Mitgliedstaaten umfaßte. Die zweite Umfrage, auf die dieser Bericht aufbaut, ist die Standard-Eurobarometer-Umfrage 45.1, die vom 12. April bis 18. Mai 1996<sup>1</sup> mit 16.300 Personen durchgeführt wurde.

Die Mega-Umfrage war außergewöhnlich umfangreich und wurde eigens in Auftrag gegeben, um unmittelbar vor dem Auftakt der Regierungskonferenz und in Anbetracht der Vorbereitung der drei vorrangigen Aktionskampagnen der Kommission ein genaues Bild vom Stand der öffentlichen Meinung in Europa zu erhalten. Bei diesen drei vorrangigen Aktionskampagnen handelt es sich um:

- ☐ die Regierungskonferenz
- ☐ die Einführung der einheitlichen Währung
- ☐ die Informationskampagne "Bürger Europas"

Der Umfang der Stichprobe bei der Mega-Umfrage (65.000 Personen) gestattete ungewöhnlich detaillierte regionale Analysen<sup>2</sup>. Aus den Daten wurden verschiedene gesonderte nationale Berichte erstellt. In diesem Bericht allerdings werden wir uns nur mit einer Variablen befassen, nämlich der Zustimmung zur Union im regionalen Vergleich. Im wesentlichen werden wir, wie bei den Standard-Eurobarometern üblich, über die Gesamtergebnisse in der EU berichten und dazu nationale Vergleiche anstellen. Außerdem werden wir, wo dies angebracht ist, zu demographischen Unterschieden und abweichenden Haltungen Stellung nehmen.

1996 war sowohl im internationalen wie auch im europäischen Rahmen ein überaus interessantes Jahr, wie die Auflistung der wichtigsten Ereignisse während des Umfragezeitraums deutlich zeigt. Auf internationaler Ebene waren wir Zeugen anhaltender Unruhen im Nahen Osten, wachsender Spannungen wegen Zypern, der Umsetzung des Abkommens von Dayton und der Vorbereitungen zu den amerikanischen Präsidentschaftswahlen im späteren Verlauf des Jahres. Im europäischen Kontext ging zu Beginn des Jahres mit dem Tod von Francois Mitterand eine Ära zu Ende. Später folgten Parlamentswahlen in mehreren Mitgliedstaaten und einige Regierungsänderungen. Im Rahmen der Europäischen Union stand die künftige Gestalt der Union im Brennpunkt der Diskussionen. Als die Diskussion über die Regierungskonferenz schärfere Konturen annahm, stieg auch ihr Bekanntheitsgrad in der Öffentlichkeit entsprechend. Der andere wichtige Punkt auf der europäischen Tagesordnung des Jahres 1996 ist die Einführung der einheitlichen Währung, die in der öffentlichen Diskussion immer stärker in den Vordergrund rückt.

Ein anderes unvorhergesehenes Ereignis löste bei vielen Besorgnis aus, die sich in verschiedener Form äußerte: die Erklärung der britischen Regierung vom 20. März über einen möglichen Zusammenhang zwischen einer neuen Variante der Creutzfeldt-Jakob Krankheit und dem Rinderwahnsinn BSE, einer degenerativen Erkrankung des Nervensystems und Hirns von Rindern.

Diese Ankündigung löste weitverzweigte Konsequenzen aus, die den Binnenmarkt ohne Zweifel vor die größte Herausforderung seit seiner Errichtung gestellt haben. Der Fortgang der Regierungskonferenz selbst wurde dadurch in Mitleidenschaft gezogen, daß das Vereinigte Königreich eine Politik der Verweigerung der Zusammenarbeit einschlug, ferner die gesamte gemeinsame Agrarpolitik der Union, der Haushalt der Union, die Beschäftigung in allen Bereichen der Fleischverarbeitung und das Verbraucherverhalten. Hinzu kam die wachsende Sorge um die öffentliche Gesundheit. Im Brennpunkt der öffentlichen Diskussion stand dabei die Funktionsweise der Union und ihrer Institutionen.

---

<sup>1</sup> Eine genaue Beschreibung der Zusammensetzung der Stichprobe und ihres Umfangs befindet sich in Anhang C

<sup>2</sup> Der Umfang der Stichprobe ließ verlässliche statistische Analysen bis NUTS II Level zu (Nomenklatur der statistischen Gebietseinheiten)



Wie bereits erwähnt bilden die Vorarbeiten zur Regierungskonferenz und die Kampagnen im Zusammenhang mit den vorrangigen Aktionen den Schwerpunkt dieses Berichts. Wie es bereits zur Tradition geworden ist, verfolgen wir die verschiedenen Indikatoren weiter, anhand derer die öffentliche Meinung in der Europäischen Union nunmehr seit Jahren gemessen wird. Zusätzlich konnten wir aufgrund der ungewöhnlich umfangreichen Stichprobe ein Kapitel ergänzen, das sich ausführlich mit den demographischen Aspekten wie auch den Einstellungen der europäischen Öffentlichkeit befaßt. Im einzelnen berichten wir zusammenfassend über zusätzliche Spezialanalysen, anhand derer eine regelrechte Typologie der europäischen Einstellungen aufgestellt werden konnte.

In dem Kapitel "Wichtigste Themen auf der politischen Tagesordnung" untersuchen wir die Einstellungen zur einheitlichen Währung, insbesondere ihre Akzeptanz und den Kenntnisstand im Zusammenhang mit ihrer Einführung. Sodann folgt ein Abschnitt über Fragen im Zusammenhang mit der Regierungskonferenz: Bekanntheitsgrad der Konferenz, die politische Ziele der Union für die kommenden zehn Jahre aus der Sicht der Bürger, die Zustimmung zu verschiedenen politischen Initiativen und die Frage der Subsidiarität: in welchen Bereichen sollte von der Union gemeinsam entschieden werden, und welche Entscheidungen sollten den nationalen Regierungen vorbehalten bleiben?

Die Kapitel IV und V befassen sich mit Fragen von besonders aktueller Bedeutung: zum einen die Frage der Erweiterung - in wie weit sind sich die Bürger dieser Thematik bewußt und wie stehen sie dazu - und zum anderen die Frage der Beschäftigung, die stets zu den Hauptanliegen der europäischen Bevölkerung und Politiker gleichermaßen zählt. In diesem Kapitel erörtern wir die Bedeutung, die der Beschäftigung bzw. der Arbeitslosigkeit beigemessen wird, Ängste im Zusammenhang mit der Entwicklung des Arbeitsmarktes und schließlich die Frage, in wie weit die einschlägigen Entscheidungen auf nationaler oder europäischer Ebene getroffen werden sollten.

Die letzten beiden Kapitel wenden sich Themen zu, die den Bürger unmittelbar betreffen, und haben das Thema der großen Informationskampagne "Bürger Europas" zum Schwerpunkt, die am 26. November<sup>3</sup> offiziell gestartet wurde. Zunächst versuchen wir herauszufinden, wie gut die Bürger über die Union informiert sind, insbesondere über ihre Bürgerrechte im Bereich der Freizügigkeit und über allgemeinere Aspekte der Union.

Im Schlußkapitel untersuchen wir die Haltungen der Bürger zu ihrer Staatsbürgerschaft und den Bürgerrechten und erörtern sodann, wie die Bürger ihre eigene Rolle im demokratischen Prozeß sehen - können sie einen Einfluß auf die Vorgehensweisen der Regierungen ausüben, und für wie vertrauenswürdig halten sie diese? Abschließend untersuchen wir die Hauptanliegen der Bürger im Zusammenhang mit dem Motto einer der Informationskampagnen der Union: "Laßt uns Europa gemeinsam bauen".

Weitere Informationen über Veröffentlichungen über:  
Internet: Europa server: <http://europa.eu.int>

---

<sup>3</sup> Die Kampagne "Bürger Europas" hat eine World Wide Web Site auf dem Europa Server (<http://citizens.eu.int>). Zusätzlich wurden in allen Mitgliedstaaten besondere Telefondienste eingerichtet, um die Fragen der Bürger zu beantworten.